

45 Jahre DKP – Anmerkungen zu Entstehung, Ergebnissen und Perspektiven

Referat von Georg Polikeit zu einem Bildungsseminar der DKP Schleswig-Holstein am 21. September 2013

Liebe Genossinnen und Genossen!

In der Vorbereitung auf die heutige Zusammenkunft habe ich mich zu erinnern versucht, wo ich am heutigen Tag vor 45 Jahren, fünf Tage vor der Neukonstituierung der DKP war.

Der 21. September 1968 war genau wie heute ein Samstag. Ich habe das Wochenende also höchstwahrscheinlich in Obertshausen im Landkreis Offenbach/Main verbracht, wo ich damals mit meiner Familie gewohnt habe.

Wenn ich mich richtig erinnere, haben meine Frau und ich an diesem Wochenende die Erklärung zur Neukonstituierung und die Einladung zur vorgesehenen Pressekonferenz ins Reine geschrieben, damit sie am Wochenanfang vervielfältigt und verschickt werden konnte.

Ich erinnere mich auch, dass wir uns am 25. oder 26. September dann noch einmal bei mir in der Wohnung zur letzten Absprache getroffen haben.

Wir – das waren der Antifaschist und Kommunist Kurt Bachmann aus Köln, damals Korrespondent der antifaschistischen Wochenzeitung „Die Tat“ in Bonn, Kurt Erlebach aus Hamburg und Sepp Mayer aus Frankfurt/M., Ludwig Müller aus Angermund bei Düsseldorf und Karl-Heinz Noetzel aus Essen, und natürlich ich selbst, zum damaligen Zeitpunkt verantwortlicher Redakteur des Informationsdienstes „bonner korrespondenz“.

Für den 25. September hatten wir rund dreißig Kommunistinnen und Kommunisten aus allen Bundesländern nach Frankfurt/M. eingeladen, um ihre Zustimmung zur „Erklärung zur Neukonstituierung“ einzuholen und mit ihnen den 33-köpfigen Bundeszuschuss für die Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei zu bilden. Aus Schleswig-Holstein war der Genosse Ewald Stiefvater dabei.

Am nächsten Tag, den 26. September, wollten wir eine Pressekonferenz im Frankfurter Nobelhotel „InterContinental“ veranstalten. Wir waren auf etwas Spektakuläres aus, um Aufsehen zu erregen und uns eine gewisse Beachtung in den Medien zu sichern.

Aber es kam anders. Mit der Einladung zur Pressekonferenz hatte auch der Verfassungsschutz von der Sache Wind bekommen. Er setzte die Hoteldirektion unter Druck, und die zog dann die gegebene Zusage für die Vermietung eines Raumes zurück.

Wir mussten also im fliegenden Wechsel einen neuen Ort finden. Erfreulicherweise gelang dies im Apfelweinlokal „Haus Kanne“ in Frankfurt-Sachsenhausen auf der anderen Main-Seite. Der Frankfurter Genosse Hans Heisel übernahm es, mit einem Schild vor dem Bauch vor dem InterConti zu stehen und die ankommenden Journalisten umzuleiten.

Dem Andrang zu unserer Pressekonferenz hatte das Eingreifen des Verfassungsschutzes allerdings nicht geschadet. Wir saßen in einem völlig überfüllten Saal mehr als hundert in- und ausländischen Journalisten gegenüber. Sie saßen und standen vor, neben und hinter unserem Vorstandstisch. Alle führenden Zeitungen, Nachrichtenagenturen, Rundfunk- und Fernsehsender der BRD, aber auch aus östlichen und westlichen Nachbarländern hatten Vertreter geschickt.

Nach der Verlesung der Erklärung zur Neukonstituierung durch Kurt Bachmann löcherten sie uns dann weit über eine Stunde mit Fragen. Aber wir waren gut vorbereitet. Wir hatten uns Antworten zu vielen denkbaren Fragen zurecht gelegt. Das wurde später in einer Broschüre unter dem Titel „Fragen und Antworten“ veröffentlicht.

Das große Presseecho, das wir bekamen, war unserer Meinung nach ein erster wichtiger Erfolg. Wir sahen in der Breite der Berichterstattung auch einen gewissen Schutz vor allzu eifrigen kommunistenfressenden Staatsschützern.

Natürlich waren nicht alle Berichte von journalistischer Objektivität und Fairness geprägt.

Zu den eher humorvollen Reaktionen gehörte eine Karikatur in der Frankfurter „Neuen Presse“. Da sitzen Marx, Engels und Lenin auf einer Wolke im Himmel, Marx hat einen Telefonhörer in der Hand und ist offenbar gerade angerufen worden. Und der Marx in den Mund gelegte Text dazu lautete: „Wir haben wieder eine Filiale in der Bundesrepublik“.

Die Tendenz der meisten Berichte widerspiegelte sich in Überschriften wie: „Die Buchstaben umgestellt – Eine neue KPD in Frankfurt unter dem Namen DKP gegründet“ oder „Marxistische Altherrenriege“ oder auch „Hochseilakt der neuen Kommunisten“.

Ehrlich gesagt, waren wir an jenem Tag selbst ziemlich gespannt gewesen, ob unser Vorhaben den Tag seiner öffentlichen Bekanntgabe überleben würde.

Die Innenministerkonferenz des Bundes und der Länder am 12. Oktober 1967 in Ulm hatte zwar offiziell erklärt, dass die Neugründung einer kommunistischen Partei nach Artikel 21 GG jederzeit ohne vorherige Genehmigung möglich sei.

Doch wenige Tage danach hat das Bundesinnenministerium in seinem Informationsdienst „Innere Sicherheit“ dann die „Erläuterung“ nachgeschoben, dass dies nur gelte, wenn die neue Partei „in ihren Zielen und in ihrer Betätigung verfassungskonform ausgerichtet“ ist und sich „in ihrer Tätigkeit deutlich von den verfassungswidrigen Umtrieben der alten KPD unterscheidet“.

Erklärungen ähnlicher Art hatten führende Politikern aller im Bundestag damals vertretenen Parteien, sowohl der CDU und CSU wie der SPD und FDP veröffentlicht.

Auch der damalige Bundesjustizminister Heinemann von der SPD, der ein Jahr später zum ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten nach Kriegsende gewählt wurde, hatte sich in der Juristenzeitung in gleicher Weise geäußert. Und bei einem Gespräch am 4. Juli 1968 zwischen ihm und Max Schäfer und Grete Thiele erklärte er im Beisein von Staatssekretär Ehmke noch einmal, dass eine Wiedezulassung der KPD infolge des unaufhebbaren Urteils des BVG rechtlich nicht möglich sei, wohl aber eine Neugründung auf dem Boden des Grundgesetzes.

Entgegen allen immer wieder in bürgerlichen Medien, aber auch von manchen Leuten aus der „linken Ecke“ verbreiteten Behauptungen, die Neugründung der DKP sei mit der damaligen Bundesregierung abgesprochen gewesen, möchte ich dazu festhalten, dass es bei diesem Gespräch und auch bei keiner anderen Gelegenheit keine „Mauschelei“ mit Regierungsvertretern über die DKP-Gründung ab. Max Schäfer und Grete Thiele hatten Heinemann im Namen der von Max Reimann benannten Verhandlungskommission für die Wiedezulassung der KPD um ein Gespräch Unterredung gebeten. Und in einer offiziellen schriftlichen Antwort von Bundesminister Heinemann auf eine Anfrage des CSU-Abgeordneten von Wrangel im Bundestag vom 18. Oktober, ob die Bundesregierung Meldungen bestätigen könne, wonach das Bundesjustizministerium mit einigen Gründungsmitgliedern der DKP über die rechtlichen Voraussetzungen für die Gründung einer kommunistischen Partei in der BRD gesprochen habe, hieß es dann wörtlich: „Nein. Stattgefunden hat lediglich ein Gespräch – am 4. Juli 1968 mit Frau Thiele und Herrn Schäfer, die beide nicht Mitglieder des Gründungsausschusses der DKP sind. Gegenstand des Gespräches war die Frage, ob die alte KPD wieder zugelassen werden könne. Das wurde aus bekannten Gründen verneint“. Das Gespräch sei aufgrund einer Anfrage von Frau Thiele und „mit Wissen der drei Bundestagsfraktionen geführt worden“, die anschließend ebenso wie der Bundesinnenminister, über den Inhalt des Gesprächs unterrichtet worden seien. Und noch einmal wörtlich aus der Heinemann-Antwort auf die Anfrage: „Ich wiederhole, dass Gegenstand des Gespräches mit Frau Thiele und Herrn Schäfer nicht die Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei war“.

Es wurde in dem Gespräch lediglich noch einmal deutlich, dass auch die Regierung der „Großen Koalition“ eine Wiedezulassung der KPD nicht zu akzeptieren bereit war. Aber ob wir unter diesen Umständen vom verfassungsmäßigen Recht zur Bildung einer neuen legalen kommunistischen Partei Gebrauch machen und wie wir die politischen Grundsätze dieser Partei formulieren, war allein unsere Entscheidung.

Die Frage war aber, ob von der seit dem 1. Dezember 1966 amtierenden Regierung der Großen Koalition unter dem Alt-Nazi Kiesinger und mit dem CDU-Innenminister Lücke zu erwarten war, dass sie sich nun, da wir zur Tat schritten, noch an das „Geschwätz von gestern“ erinnern würde. Zumal diese Regierung im Mai 1968 gerade die Notstandsgesetze im Bundestag durchgezogen

und damit das Grundgesetz reaktionär verändert hatte. Aber vor allem: wie würde die Auslegung des Begriffs „verfassungskonform“ durch diese Regierung aussehen?

*

Dass wir unser Vorhaben am 25./26. September 1968 erfolgreich über die Bühne bringen und in den folgenden Wochen mit ziemlicher Geschwindigkeit neue legale Parteiorganisationen auf Orts-, Kreis- und Landesebene bilden konnten, hat mehrere Gründe.

Dazu gehörte sicherlich auch unser eigenes Bemühen, das Festhalten an grundlegenden Prinzipien mit einem möglichst klugen und flexiblen taktischen Verhalten zu kombinieren.

So wählten wir den Begriff „Neukonstituierung“, um deutlich zu machen, dass wir uns der von der Regierung formulierten Bedingung einer Neu-Gründung nicht einfach beugten, aber doch den Artikel 21 GG als neuformierte Partei in Anspruch nahmen.

Wir verzichteten auch auf eine Reihe traditioneller Begriffe wie „Marxismus-Leninismus“ und „Diktatur des Proletariats“ oder „demokratischer Zentralismus“, die im Urteil des BVerfG als Begründung für das KPD-Verbot angeführt worden waren.

Wir betonten stattdessen, dass wir „die Ideen von Marx, Engels und Lenin“ zur Grundlage unseres Handelns machen, dass unser Ziel die „sozialistische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft“ ist und dass die Voraussetzung dafür die „Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen anderen arbeitenden Schichten des Volkes“ ist.

Wir erklärten, dass wir das Grundgesetz respektieren und die darin verkündeten demokratischen Grundrechte und Grundsätze verteidigen. Wir legten Wert auf die Feststellung, dass wir „eine Partei der Bundesrepublik“ sind, dass wir dieses Land als unsere Heimat betrachten und mit seiner Bevölkerung Freuden, Sorgen und Hoffnungen teilen.

Zu unserem Verhältnis zur DDR sagten wir, dass wir uns mit dem dortigen Aufbau des Sozialismus und mit der SED eng verbunden fühlen, dass wir aber „eine schematische Nachahmung des in der DDR beschrittenen Weges zum Sozialismus infolge der andersgearteten historischen Situation und unterschiedlicher Ausgangsbedingungen“ ausschließen.

Dies hat es den amtlichen Staatsschützern und professionellen Antikommunisten möglicherweise etwas erschwert, uns einfach als pure „Nachfolgeorganisation“ der verbotenen KPD sofort wieder aufzulösen.

Aber unverkennbar hätte uns dies alles nichts genutzt, wenn nicht veränderte objektive Bedingungen die Neuformierung einer legalen kommunistischen Partei gerade zu diesem Zeitpunkt möglich gemacht hätten. Dazu gehörten sowohl internationale Faktoren wie Entwicklungen im bundesdeutschen Rahmen.

Spätestens mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 und der Kuba-Krise im Oktober 1962 war klar geworden, dass die Kalte-Kriegs-Konzeption des „Zurückrollens“ des Sozialismus mittels militärischer Gewalt ihr selbst verkündetes Ziel nicht erreichen kann, nicht mehr den gegebenen politischen Realitäten im internationalen politischen und militärischen Kräfteverhältnis entsprach und somit gescheitert war.

Dazu beigetragen hatte die wirtschaftliche und politische Stabilisierung der sozialistischen Staaten Anfang der 60er Jahre, besonders der DDR. Das hatte eine Veränderung im internationalen Kräfteverhältnis bewirkt.

Parallel dazu entstanden aus dem Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems damals zahlreiche neue unabhängige Staaten, besonders in Afrika. 1960 wurde zum „Jahr Afrikas“ erklärt. Die sich herausbildende Bewegung der „blockfreien Staaten“ trug ebenfalls zur Veränderung des Kräfteverhältnisses bei.

Unter diesen Umständen sahen sich die Zentralen der westlichen Politik, vor allem der USA, nach dem Amtsantritt Kennedys zu einer Umorientierung veranlasst, die mit Begriffen wie „Entspannungspolitik“ und „Disengagement“ bezeichnet wurde. In der BRD hieß das dann „neue Ostpolitik“.

Dieser neue Kurs in der Politik der imperialistischen Mächte hatte - wie wir auch damals schon wussten und sagten, aber natürlich heute noch sehr viel klarer vor Augen haben - zwei Seiten.

Einerseits trug sie tatsächlich zur Minderung der internationalen Spannungen und damit zur Verringerung der realen Gefahr eines Atomkriegs bei. Insofern war es ein politischer Fortschritt.

Zugleich wurde damit aber die Politik des „Wandels durch Annäherung“ eingeleitet, die die Vernichtung des Sozialismus mit anderen Methoden anstrebte, nämlich durch eine „Konterrevolution auf Filzlatschen“. Dass dies schließlich gelang, war meiner Meinung nach keineswegs unvermeidlich. Aber leider 1989/90 dann doch der Fall.

Mit der Umorientierung der imperialistischen Strategie Anfang der 60er Jahre geriet auch die bundesdeutsche Politik zunehmend unter Zugzwang.

Das „Ende der Ära Adenauer“ zeichnete sich ab. Der Bonner Alleinvertretungsanspruch war nicht mehr aufrecht zu erhalten. Als die auf Adenauer folgende Regierung Erhard 1966 zerbrach, wurde die „Große Koalition“ unter Kiesinger mit der erstmaligen Beteiligung der SPD an einer bundesdeutschen Regierung nach dem zweiten Weltkrieg gebildet.

Auch ökonomisch wurde die bundesdeutsche Wirtschaft mit bisher nicht gekannten Schwierigkeiten konfrontiert. Das westdeutschen „Wirtschaftswunder“ ging zu Ende. Im Oktober 1966 geriet die BRD erstmals seit Kriegsende in eine wirtschaftliche Rezession. Es entwickelten sich gewerkschaftliche Aktionen in einem neuen Ausmaß, beispielsweise die großen Streiks die Metallarbeiter 1962 und 1963 in Baden-Württemberg für Lohnerhöhungen.

Auf innenpolitischem Gebiet gab es u. a. die vom CSU-Kriegsminister Strauß verursachte „Spiegel-Affäre“ und vor allem die Bewegung gegen die Notstandsgesetze. An dieser beteiligten sich, obwohl die SPD in der Regierung war, erstmals auch führende Gewerkschafter aus den Zentralen von IG Metall, IG Druck und Papier, ÖTV und IG Chemie.

Diese Vorgänge und die Auseinandersetzung um die atomare Aufrüstung und den Vietnam-Krieg führten zu einer verstärkten Entwicklung von außerparlamentarischen Bewegungen. Das war der Boden, auf dem dann auch die Studentenbewegung groß wurde.

An allen diesen Bewegungen waren Kommunisten trotz des KPD-Verbots aktiv beteiligt.

In dieser Situation wurde das KPD-Verbot dann auch für die Regierenden immer mehr zu einem politischen Hindernis. Bundesdeutsche Politiker stießen, wenn sie ihre „Entspannungsbereitschaft“ bekunden wollten, sowohl in Moskau, Warschau oder Prag, aber auch in den Medien und bei Politikern im westlichen Ausland zunehmend auf die Frage, warum Bonn international mit den Kommunisten verhandeln will, in der BRD aber an deren Unterdrückung festhält. Das Argument, dass kommunistische Parteien in allen europäischen Nachbarstaaten mit Ausnahme der damaligen faschistischen Regimes in Spanien, Portugal und Griechenland legal agieren können, hatte eine starke Wirkung.

Vor diesem Hintergrund konnte ab 1964 mit zahlreichen Diskussionsveranstaltungen und Konferenzen sowie Initiativen von bekannten Kommunisten mit Versuchen einer Kandidatur zu anstehenden Wahlen auch eine relativ breite öffentliche Diskussion über eine Re-Legalisierung der Kommunisten in der BRD entwickelt werden. Sie fand auch in bürgerlichen Medien bis hin zur TV-Sendung Panorama und sogar in den Fraktionen der im Bundestag vertretenen Parteien ein zunehmendes Echo.

All dies trug zur Schaffung eines günstigen politischen Klimas für die Neukonstituierung der DKP bei.

Es ergab sich die Frage: Sollten die Kommunisten unabdingbar auf der Aufhebung des KPD-Verbot beharren, obwohl das von der Regierung als „juristisch nicht möglich“ erklärt worden war. Oder sollten wir die Möglichkeit der Neubildung einer legalen Partei ergreifen, selbst wenn das KPD-Verbot noch bestehen bleibt?

Darüber gab es damals auch unter den westdeutschen Kommunisten unterschiedliche Ansichten, auch im damaligen ZK und Politbüro der KPD. Eine Zeit lang hatten Genossinnen und Genossen, die auf das Ergreifen der neuen Möglichkeiten drängten, den Eindruck, dass viel zu lange gezögert und an alten Positionen festgehalten wurde.

Aber nach einer Phase des Nachdenkens, Diskutierens und Abwägens neigte sich die Diskussion dann doch der Entscheidung für die Neubildung einer legalen Partei bei Fortsetzung des Kampfes gegen das KPD-Verbotsurteil zu.

Auch heute lässt sich meiner Ansicht nach im Rückblick feststellen, dass es angesichts der sich verstärkenden außerparlamentarischer Bewegungen und der Entwicklung neuer linker Strömungen, besonders in der jungen Generation in der zweiten Hälfte der 60er Jahre ein politischer Fehler gewesen wäre, auf der formalen Aufhebung des KPD-Verbots zu beharren und die Möglichkeit legaler kommunistischer Tätigkeit nicht zu nutzen.

*

Das war nun sozusagen der historische Teil zu den Umständen, Bedingungen und Überlegungen, die damals die Konstituierung der DKP möglich machten.

Zu einer Diskussion über 45 Jahre DKP gehört auch die Frage nach der Bilanz.

Was haben wir in den 45 Jahren denn nun eigentlich erreicht? Wir sollten dieser Frage nicht ausweichen und sie auch nicht auf später verschieben.

Ich kann dazu hier natürlich nur ein paar persönliche Überlegungen vorbringen. Sie werden vielleicht nicht von allen geteilt. Deshalb möchte ich sie ausdrücklich zur Diskussion stellen.

Ich möchte dazu zunächst drei Feststellungen zur Debatte stellen.

Erstens: Wenn ich an die Aufbruchstimmung von 1968 bei der Neukonstituierung denke und dann die heutige DKP in Augenschein nehme, kann ich nur feststellen: Das, was wir uns damals vorgestellt haben, haben nicht erreicht haben. Es nutzt nichts, sich dieser Einsicht zu verschließen.

Sicher hatten wir auch damals nicht die Vorstellung, dass die DKP in wenigen Jahren in der BRD an die Regierung käme und den Sozialismus einführen könnte. Wir waren uns schon darüber im Klaren, dass wir es mit einem starken, erfahrenen und mit allen Wassern gewaschenen Gegner zu tun haben. Aber wir hatten schon die Hoffnung und Erwartung, dass es uns gelingen würde, mit einiger Anstrengung eine Partei zu formieren, die durch ihr Eingreifen das Geschehen in der Bundesrepublik wahrnehmbar beeinflussen würde.

Das ist heute nun erkennbar nicht der Fall.

Es bringt aber nichts, darüber nur enttäuscht zu sein und zu resignieren. Unsere heutige Situation hat Ursachen. Die müssen diskutiert werden.

Dabei ist meiner Ansicht nach nicht zu übersehen, dass wir natürlich auch heute noch in erheblichem Maß unter dem schweren Rückschlag leiden, den die kommunistische Bewegung 1989/90 weltweit erlitten hat. Dafür sind wir nun eigentlich nicht direkt verantwortlich. Dennoch werden wir damit noch lange zu tun haben. Weil wir uns in der Vergangenheit immer vorbehaltlos an die Seite der real existierenden sozialistischen Staaten gestellt und sie verteidigt haben, wird nach ihrem Scheitern auch an uns meiner Meinung nach durchaus zu Recht die Frage gestellt, was wir denn nun aus diesem Scheitern lernen.

Ich kann darauf nicht länger eingehen. Aber ich möchte darauf verweisen, dass wir erste Ergebnisse unserer Diskussion zu dieser Frage meiner Ansicht nach schon ganz gut im neuen Parteiprogramm der DKP von 2006 festgehalten haben. Aber sicherlich muss die Diskussion darüber auch noch weitergeführt und vertieft werden.

Mit dem Verweis auf die internationale Niederlage darf aber auch nicht verdrängt werden, dass wir in den 45 Jahren DKP-Existenz auch selbst Fehler gemacht haben. Auch darauf kann ich hier nicht ausführlich eingehen.

Ich meine aber, dass wir auch in dieser Hinsicht seit 1989/90 schon einiges dazugelernt haben.

Beispielsweise haben wir heute – ich hoffe es jedenfalls – eine andere Vorstellung von innerparteilicher Demokratie.

Wir haben - wahrscheinlich zu langsam und zu spät - gelernt, dass es in unserer Partei unterschiedliche Ansichten sowohl zu theoretischen Fragen als auch zur unmittelbaren praktischen Handlungsorientierung gibt, die nicht kurzfristig überwunden werden können.

Etwas besser müssen wir wohl noch lernen, dass es nichts bringt, die Verfechter eines anderen Standpunkts in solchen Fragen einfach mit ein paar Etiketten abzustempeln. Damit können unterschiedliche Ansichten nicht geklärt werden. Sie lassen sich aber meiner Meinung nach auch nicht einfach durch Appelle zur „Geschlossenheit“ der Partei und schon gar nicht mit Verweisen auf den „demokratischen Zentralismus“, auf Parteistatut und Parteidisziplin bewältigen.

Stattdessen brauchen wir meiner Ansicht nach auch weiterhin die Mühe einer echten inhaltlichen Debatte mit Argumenten und Gegenargumenten, mit dem Verweis auf Fakten und Realitäten, aber auch mit dem Respekt und der Offenheit für die andere Meinung. Und insbesondere auch mit dem Bemühen, nicht nur die Differenzen, sondern auch die Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und letztere zur Grundlage gemeinsamen Handelns zu machen.

Zweite Feststellung zum Thema Bilanz:

Wenn wir nicht das erreicht haben, was wir uns 1968 vorgestellt haben, heißt das nicht, dass wir überhaupt nichts erreicht haben.

Ohne uns selbst etwas in die Tasche zu lügen, können wir meiner Ansicht nach festhalten, dass die DKP in den 70er und 80er Jahren sehr wohl eine wirkungsvolle Rolle bei der Entwicklung von außerparlamentarischen Bewegungen und von linken Kräften in der BRD gespielt hat.

Dafür ließe sich eine lange Liste von Bewegungen anführen, in denen Mitglieder der DKP aktiv mitgewirkt haben. Von den Ostermärschen und der Friedensbewegung über die Solidaritätsbewegungen für Südafrika, Nikaragua, Palästina, für die Demokraten Chiles nach dem Pinochet-Putsch, für die spanischen, portugiesischen und griechischen Demokraten im Kampf gegen die in ihren Ländern existierenden faschistischen Diktaturen - bis zu Bewegungen wie die Rote-Punkt-Aktion 1969 in Hannover oder gegen die Startbahn West in Frankfurt/M. Wir haben zweifellos eine Rolle gespielt bei der Entwicklung einer linken Jugend- und Studentenbewegung oder bei der Förderung linker Kultur, Musik, Literatur und bildender Kunst in der damaligen BRD. Und ebenso bei der Herausbildung linker Kräfte in den Gewerkschaften im Umfeld von Betriebsräten und Gewerkschaftern, die der DKP angehörten.

Und wir waren in diesen Bewegungen nicht nur Mitläufer. Wir gehörten in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit anderen vielfach zu den Initiatoren und Organisatoren. Wir müssen uns also nicht einreden lassen, dass wir in diesem Land überhaupt nichts bewirkt hätten und unsere Anstrengungen eigentlich völlig vergeblich waren. Ich meine, wir können sogar feststellen, dass dieses damalige Wirken der DKP in den außerparlamentarischen Bewegungen, in den Gewerkschaften, im Bereich Kultur, Literatur und Musik in gewisser Weise auch heute noch nachwirkt.

Dritte Feststellung zum Thema Bilanz – das mag jetzt vielleicht etwas zu lapidar klingen: Die DKP hat die Niederlage von 1989/90 überlebt. Sie ist immer noch da und aktiv. Ich betrachte das als einen Erfolg.

Das war in einem Land wie der BRD mit dem jahrzehntelangen tief verwurzelten Antikommunismus als Staatsdoktrin und dem hochentwickelten Apparat zur Meinungsmache keine Selbstverständlichkeit.

Gewiss, wir haben erhebliche Mitgliedereinbußen erlitten und gegenüber den 70er und 80er Jahren spürbar an politischer Wirkung und Aktionsfähigkeit eingebüßt. Wir haben große innere Auseinandersetzungen gehabt und haben sie noch. Es gibt enorme Probleme für die weitere Entwicklung der Partei.

Aber der Kern der Organisation, die wir vor 45 Jahren neu aufgebaut haben, ist erhalten geblieben. Und es gibt heute in der Entwicklung der objektiven Lage, angesichts der großen Krise des Kapitalismus, durchaus Bedingungen dafür, dass diese Partei auch wieder wirkungsvoller in die politischen Entwicklungen eingreifen und dabei auch selbst wieder stärker werden kann.

Dass wir die Fortexistenz und Lebensfähigkeit der DKP trotz der schweren politischen Stürme gegen uns sichern konnten, ist sicherlich das gemeinsame Verdienst all derer, die dabei mitgewirkt haben.

Aber es gehört sich meiner Meinung nach heute, dafür an dieser Stelle auch einmal jenen Genossinnen und Genossen zu danken, die sich in diesen enorm schwierigen Jahren an die Spitze gestellt haben. Bei aller Kritik, die es auch an ihnen geben mag, haben sie etwas geleistet, was Respekt verdient.

*

Zur Bilanz unserer 45-jährigen Tätigkeit gehört meiner Ansicht nach aber auch der Gedanke: Wenn es die DKP nicht schon gäbe, müsste sie heute dringend neu gegründet werden.

1968 haben wir gesagt: Die Arbeiterbewegung und die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik brauchen eine kommunistische Partei. Das gilt heute mehr denn je.

Der Hauptgrund dafür ist nach meiner Meinung der, dass die Arbeiterklasse und die demokratische Mehrheit unseres Volkes den Ausweg aus der Krise des Kapitalismus letztlich nicht finden können ohne die Mitwirkung einer organisieren politischen Kraft, die die Erkenntnisse von Marx und Engels und der von ihnen begründeten, von anderen Marxistinnen und Marxisten weiterentwickelten wissenschaftlichen Theorie in die Bewegungen einbringt.

Das ist aus meiner Sicht der Hauptgrund, warum wir alles tun müssen, um nicht nur die Fortexistenz der DKP zu sichern, sondern ihr zu neuem Ansehen und zu neuer Stärke zu verhelfen.

Ich will damit aber keineswegs über den heutigen Zustand und die sichtbare Schwäche unserer Partei einfach hinwegreden.

Dieser Zustand ist für mich immer noch ein Anlass zu großer Sorge. Und leider kann ich nicht sagen, dass Verlauf und Ergebnisse des letzten Parteitags dazu beigetragen hätten, diese Besorgnis zu verringern.

Nicht dass es grundlegende Meinungsverschiedenheiten gibt, ist für mich der Anlass zur Sorge. Sondern dass es offenbar bisher nicht gelingt, die noch vorhandenen Kräfte unserer Partei trotz dieser Meinungsverschiedenheiten zu einem vorwärtsführenden gemeinsamen Handlungskonzept zusammenzubringen, an dessen Umsetzung alle Beteiligten mitwirken, weil sie von seiner Richtigkeit überzeugt sind.

Leider ging es beim letzten Parteitag stattdessen hauptsächlich um den Sieg der einen Strömung über die andere, noch dazu ausgetragen zunächst vorrangig an personellen Fragen. Das war für die weitere Entwicklung nicht hilfreich und hat jetzt weitere unerfreuliche und zu Besorgnissen Anlass gebende Nachwirkungen.

Ich will in diesem Zusammenhang aber auch sagen, dass ich nicht daran glaube, dass die größte Schwierigkeit unserer Partei derzeit darin liegt, dass es den DKP-Mitgliedern am nötigen Selbstbewusstsein oder an der Bereitschaft und dem Mut zur Bekundung ihrer „kommunistischen Identität“ fehlt und man sie vor allem dazu heute verstärkt auffordern muss.

Und auch dass der Weg zu einer neuen Vorwärtsentwicklung der DKP darin liegt, vor allem ihre „Einzigartigkeit“ und ihre Unterschiede gegenüber allen anderen Linkskräften zu betonen, was wohl unter der Aufforderung zur verstärkten Betonung ihres Charakters als „autonome Klassenpartei“ inhaltlich gemeint ist, vermag ich nicht zu glauben.

Das größte Problem unserer Partei heute ist meiner Ansicht ein ganz anderes. Das ist vor allem ihre zunehmende Überalterung und die damit zwangsläufig verursachte Reduzierung ihrer Aktionsfähigkeit.

Ich weiß natürlich, dass die Gewinnung neuer junger Kräfte unter den heutigen Umständen ganz besonders schwierig ist und dass es dafür keine Rezepte gibt. Ich habe auch von mir aus keine besonderen Rezepte oder Ratschläge anzubieten.

Aber ich frage mich schon, ob wir diesem Punkt in unserer Arbeit bei allen sonstigen Debatten wirklich das genügende Gewicht beimessen. Und ich frage mich auch, ob wir auf diesem Gebiet der Jugendarbeit nicht vielleicht zu sehr in alten, gewohnten Gleisen verharren, ob wir nicht zu wenig erfinderisch und zu wenig phantasievoll sind, dabei auch neue Wege auszuprobieren.

Ich weiß, dass ich da nur Fragen aufwerfe. Aber ich meine, dass wir diese Fragen mindestens ebenso intensiv diskutieren sollten wie manche der theoretischen Streitpunkte.

*

Als wir vor 45 Jahren die DKP neu konstituierten, begründeten wir dies nicht allein mit der objektiven Notwendigkeit des Sozialismus.

In der 1969 vom ersten Parteitag der DKP in Essen beschlossenen Grundsatzklärung formulierten wir als nächstes politisches Ziel unserer Partei eine „demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft“ der BRD. Wir sagten darin, die DKP sehe ihre gegenwärtige Aufgabe darin, gemeinsam mit anderen Kräften „eine grundlegende Veränderung des politischen Kurses“ herbeizuführen und damit „dem gesellschaftlichen Fortschritt den Weg zu bahnen“.

Das Gleiche haben wir später im Mannheimer Programm von 1978 in den Begriff vom Kampf um eine „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ Ziel zusammengefasst. Das sei „die den objektiven Notwendigkeiten entsprechende und den Realitäten unseres Landes Rechnung tragende Hauptzielsetzung der DKP in der gegenwärtigen Etappe,“ hieß es da.

Und wie ist das heute? Was ist heute unsere politische Hauptzielsetzung?

Ich glaube, es gibt Grund hervorzuheben, dass es immer noch die gleiche Zielsetzung ist. Jedenfalls heißt es auch in unserem neuen Parteiprogramm von 2006:

„Heute geht es zunächst um die Verteidigung der im Grundgesetz verankerten Grundrechte, um die Verteidigung sozialer und demokratischer Errungenschaften gegen die neoliberale Kahlschlagpolitik von Kabinett und Kapital, um die Wiederherstellung und Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen gegen ihre Bedrohung durch das ungezügelte Profitstreben, um die Verteidigung des Friedens gegen die Kriegspolitik des US-Imperialismus und gegen die Großmachtpolitik des deutschen und EU-Imperialismus... Zugleich können und müssen in den Kämpfen um die Verteidigung des Erreichten die Kräfte gesammelt werden für fortschrittliche Reformen, für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt.“

Gerade angesichts der Krise des Kapitalismus müssen wir meiner Ansicht daran festhalten, dass dies nach wie vor die präzise Beschreibung unseres aktuellen strategischen Ziels ist und dass sich hieran auch infolge des offenen Ausbrechens dieser Krise nichts geändert hat.

Ich will damit betonen, dass es sich dabei meiner Ansicht nach um eine relativ selbstständige politische Kampfetappe im Rahmen einer revolutionären Übergangsstrategie handelt, was wir nicht unter dem Einfluss der auch vielen anderen Menschen deutlicher gewordenen Krisenerscheinungen des Systems in der Art unseres Auftretens links liegen lassen sollten. Angesichts der in unserem Land und in der EU insgesamt gegebenen Bedingungen ist die Erkämpfung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt mit der dafür erforderlichen Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse in unserem Land die erste Etappe des Weges, die erst über mehrere weitere Etappen an die Öffnung des Wegs und an den Übergang zum Sozialismus heranführen kann.

Es stimmt natürlich, dass der Kampf um soziale und politische Fortschritte, um progressive Reformen in eine revolutionäre Strategie eingeordnet werden muss.

Aber die Frage ist doch, wie diese Einordnung konkret aussieht.

Kampf um Reformen in eine revolutionäre Strategie einordnen kann eben nicht bedeuten, dass wir den Reformkampf nur als „Nebenkriegsschauplatz“, als untergeordnetes taktisches Mittel zur Erreichung des eigentlichen revolutionären Zwecks ansehen.

Wir kämpfen für soziale, ökologische und demokratische Verbesserungen, für Reformen, die demokratische und soziale Fortschritte zum Inhalt haben, für den Frieden nicht nur, weil wir hoffen, die Menschen damit näher an die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Revolution heranführen zu können.

Höhere Löhne, Bekämpfung von Leiharbeit und Niedriglohnjobs, Abschaffung von Hartz IV, Rente mit 60, Sicherung von Demokratie und Frieden angesichts der gefährdenden imperialistischen Interventionspolitik, derzeit beispielsweise gegen Syrien – das sind doch auch unmittelbare soziale

und politische Lebensinteressen von Kommunistinnen und Kommunisten, die in diesem Land leben - genau wie von Nichtkommunisten, mit denen wir gemeinsam dafür kämpfen wollen. Weil Kommunisten und Nichtkommunisten objektiv in diesen Fragen gemeinsame aktuelle politische Grundinteressen haben, ist das die Grundlage, auf der wir mit anderen gemeinsam Bewegungen und Kämpfe für diese Ziele entwickeln können.

Natürlich gehen wir davon aus, dass sich in solchen Bewegungen dann auch die Beziehungen zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten verändern, dass man sich gegenseitig besser kennen und als Partner respektieren und schätzen lernt.

Übrigens steht schon im „Kommunistischen Manifest“, dass die Kommunisten „keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennte Interessen“ haben und deshalb auch keine besonderen Prinzipien aufstellen, wonach sie die Bewegungen „modelln“ wollen.

Und auch Lenin hat immer wieder betont, dass eine revolutionäre Partei die Fähigkeit haben muss – so Lenin wörtlich -, „sich mit den breitesten Massen der Werktätigen zu verbinden, sich ihnen anzunähern, ja, wenn man will, sogar bis zu einem gewissen Grade mit ihnen zu verschmelzen“. So steht es im „Linken Radikalismus“.

Und in seinem 1917 gehaltenen Vortrag über die Revolution von 1905 betonte Lenin, dass „die wirkliche Erziehung der Massen ... niemals getrennt vom und außerhalb vom selbständigen politischen Kampf der Massen selbst“ erfolgen kann. „Erst der Kampf erzieht die ausgebeutete Klasse, erst der Kampf gibt ihr das Maß ihrer Kräfte, erweitert ihren Horizont, steigert ihre Fähigkeit, klärt ihren Verstand auf, stählt ihren Willen“.

Ich ziehe daraus den Schluss, dass auch heute der Kampf um die Durchsetzung von konkreten sozialen und demokratischen Verbesserungen und Reformen gemeinsam mit anderen, zwangsläufig nichtkommunistischen Menschen, die zentrale Achse unserer Politik und Aktivität sein sollte.

Das ist meiner Meinung nach die einzige heute richtige und konkrete Art der Einordnung des Kampfes um Reformen in eine revolutionäre Strategie unter den heute in unserem Land gegebenen konkreten Bedingungen.

Deshalb dürfen wir meiner Meinung nach auch auf keinen Fall zulassen, dass dieser Kampf um konkrete soziale und demokratische Verbesserungen und Reformen noch auf dem Boden des Kapitalismus mit dem Bannflucht des „Reformismus“ belegt und als opportunistische Verfehlung, als Kampf um eine illusionäre „Verbesserung des Kapitalismus“ abgewertet wird.

Es geht uns nicht um die „Verbesserung des Kapitalismus“, aber sehr wohl um die konkrete Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Kampfbedingungen der Mehrheit der Menschen in diesem Land, solange eine revolutionäre Situation zu Überwindung des Systems als Ganzem nicht in Sicht ist.

Und entgegen allem, was man sich vielleicht erhoffen oder erträumen kann und ob es uns gefällt oder nicht: eine revolutionäre Krise ist jedenfalls heute und in naher Zukunft trotz der Krisenprobleme des Kapitalismus nicht in Sicht. Jedenfalls was die BRD anbelangt, und es gilt wohl auch für die anderen Kernländer der EU. Vielleicht kann man das in Ländern wie Griechenland anders sehen – obwohl ich auch da meine Zweifel hätte. Für die BRD jedenfalls kann man, wenn man sich nicht selbst etwas in die Tasche lügen will, realistischer Weise nur sagen, dass eine bald bevorstehende revolutionäre Krise des Kapitalismus auch nur in Ansätzen nicht zu erkennen ist.

Das muss in der Anlage unserer Politik und in der Orientierung darauf, was heute die wichtigsten Aufgaben unserer Partei sind, berücksichtigt werden. Eben deshalb kann die Aufgabe unserer Partei meiner Meinung nach hauptsächlich auf die Propagierung des Sozialismus oder die Vermittlung von „revolutionärem Klassenbewusstsein“ verkürzt werden.

Klassenbewusstsein entsteht eben, wie Lenin festgestellt hat, nicht allein durch Aufklärungsarbeit. Es wächst dann, wenn Massen selbst für Ziele und Forderungen, die ihnen aktuell in der gegebenen Situation selbst wichtig sind, in Bewegung kommen. Deshalb muss meiner Ansicht nach das Bemühen um das Ingangbringen solcher Bewegungen im Zentrum unserer gesamten Parteitätigkeit stehen.

Die objektiven Bedingungen in der heutigen Welt und das, was in Zukunft noch auf die Menschen zukommen wird, schaffen dafür eigentlich günstige Voraussetzungen.

Es wird in den nächsten Jahren ja nicht einfach so weitergehen wie bisher. Wenn eines sicher ist, dann ist es dies: Die Widersprüche und Krisen des kapitalistischen Systems werden weiter zunehmen.

Wenn die herrschenden Kreise unter den Bedingungen sich verschärfender Krisenprobleme aber - beispielsweise nach den morgigen Bundestagswahlen – relativ ungehindert das tun können, was ihren Interessen am besten entspricht, dann drohen der Mehrheit der Menschen harte Zeiten, auch den Bürgern der BRD.

Aber das schafft auch objektive Möglichkeiten für die Entwicklung von mehr Widerstand.

Die große Krise des Kapitalismus, besser gesagt, die weitere Verstärkung einer Vielzahl mit einander vernetzter systembedingter Krisenerscheinungen wird weitere schwere Belastungen und zerstörerische Auswirkungen mit sich bringen.

Aber das lässt auch die Frage nach den Ursachen wieder stärker aufkommen, besonders bei jungen Menschen.

Ich denke, das sind die Anknüpfungspunkte, an denen wir mit unseren Aussagen, mit unseren Aktivitäten sozusagen „andocken“ müssen.

Aber das wird uns nur gelingen, wenn wir uns nicht in selbstgerechter Besserwisserei abkapseln, sondern uns aktiv und konkret in die heutigen Bewegungen einbringen.